54. Jahrgang. № 342. Freitag, 10. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich einmaliger Zustellung (ausschließlich Sonn- und Montagen) nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,93 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. – Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (etwa 8 Silben) 25 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden 20 Pf., Gesucht, Stellen- und Mietgesuche, Vereine, Vereinsanzeigen die einspaltige Zeile 20 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. Im Anzeigenteil nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., die zweispaltige 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 15 Pf. – Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. – Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

UHRKETTEN unverwüstlich im Tragen
Soeben eingetroffen: Herrliche Neuheiten. **SMY** Moritzstr. 10 Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Moderne **Kronleuchter, Tischlampen** :: Ampeln, Zuglampen, Klingeltaster, Taschenlampen — Figuren, Gruppen. — **Ebeling & Croener**, Bankstr. 11.

Vernickeln und Schärfen von Schlittschuhen, vernickeln von Rollschuhen :: **Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner,** Falkenstrasse 1—3.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, sehr veränderlich.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde bei Beratung der Steuervorlage bekannt, daß der neue Straßenbahntarif die auf ihn gesetzten Erwartungen völlig erfülle. Das zur Steuervorlage des Rats von den vereinigten Ausschüssen vorgeschlagene Gutachten wurde angenommen.

Der Zweiten Kammer ist ein Antrag Dr. Roth zugegangen, betr. Neuregelung des gesamten Beamtenrechts.

In dem Prozeß vor dem Schwurgericht zu Leipzig gegen den Kaufmann Großer-Berlin wegen des Revolverattentats im Reichsgericht wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Polen haben im Reichstage 11 Initiativanträge eingebracht.

In Berlin tagte die Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Enrico Caruso wird sich in den nächsten Tagen mit einer jungen Sizilianerin verheiraten.

Die Jungfernrede des neuen Reichskanzlers

im Reichstage ist geeignet, in allen patriotischen Kreisen lebhaften Widerhall zu erwecken und alle ehrlichen Bestrebungen zur Wiederherstellung des für unsere innere und äußere Wohlfahrt so unbedingt notwendigen Friedens zwischen rechts und links kräftig zu unterstützen. Der neue Herr im Kanzleramte, dem der Ruf einer nüchternen Schweigernatur, eines „Zivil-Moltke", vorherging, hat bei seinem ersten rednerischen Auftreten vor dem Forum der deutschen Volksvertretung Töne anzuschlagen verstanden, die von stark wirkender Klangfarbe sind und sich mächtig zu Gehör drängen. Die energischen Worte, womit der Kanzler die Möglichkeit, daß die Regierung im Reiche jemals auf das Niveau eines Parteiregiments hinabsteigen könnte, zurückwies, werden bei allen staatserhaltenden Elementen ohne Unterschied der Parteirichtung um so mehr Anklang und Beifall finden, je deutlicher die Enttäuschung darüber bei den Radikalen und Sozialdemokraten in die Erscheinung trat. Die kleine, aber bezeichnende Episode, die sich bei dieser Gelegenheit abspielte, indem der Reichskanzler, um sich gegen die lärmende extreme Linke Gehör zu verschaffen, mit der Hand auf den Tisch schlug, kann als eine Gewähr dafür gedeutet werden, daß Herr von Bethmann-Hollweg sich nicht aufs Reden beschränken, sondern im Notfalle auch die erforderliche Tatkraft zu konsequenter praktischer Durchführung seines Standpunktes zu finden wissen wird.

Hatte sich also der neue Kanzler nach dieser Richtung hin, soweit das Thronen der Regierung über den Parteien in Frage kommt, sehr gut eingeführt, so war es nicht minder insoweit der Fall, als er im weiteren auf die brennende Frage der parteipolitischen Versöhnung einging. Hier sprach er goldene Worte, die alle nationalen und staatserhaltenden Parteien sich ins Stammbuch schreiben sollten. Es war in der Tat hohe Zeit, daß endlich einmal von maßgebender Stelle mit dem agitatorischen Unfug abgerechnet wurde, dem alles „geschäftsmäßig nüchtern" erscheint, was sich nicht unter die hohlen Schlagworte „Reaktion" und „Radikalismus" als reitender Engel vor jener bringen läßt, selbst wenn es sich um die höchsten gesetzgeberischen Ziele sozialen und rechtlichen Charakters handelt. Was in unserem Volke noch an gesunden Instinkten lebt, das wird neue Kraft schöpfen aus der freudig zuversichtlichen Erklärung des Reichskanzlers, daß weite Kreise unserer Nation nicht auf die Dauer von der politischen Sensation und Verärgerung leben wollen. Diese Wahrheit möge man namentlich auch bei uns in Sachsen voll beherzigen. Wahrhafte Vaterlandsfreunde vor die Front! Wenn der erste verantwortliche Beamte des Reiches die Pinche des Volkes dahin kennzeichnet: „Was das Volk in erster Linie verlangt, das ist doch, daß es in seiner werktätigen Arbeit, mag diese wirtschaftlicher oder kulturellen Art sein, hier oder draußen auf dem Weltmarkt, nicht durch Unruhe oder Experimente gestört wird, sondern es will durch eine Politik der Stetigkeit und Festigkeit im Innern und nach außen gestützt und gefördert werden", so beweist er dadurch, daß er sich wirklich im Volke umgesehen hat und dessen wahre Wünsche und Bedürfnisse zu würdigen versteht. **Zu einem solchen Manne an leitender Stelle kann die deutsche Nation mit vollem Vertrauen aufblicken.** Ihn mögen aber auch die Parteien hören, die zur schaffenden Mitarbeit an unseren nationalen Geschicken in erster Linie berufen sind. Ganz besonders mögen die Nationalliberalen auf den Warnruf dieses getreuen Eckhardt hören und sich nicht weiter „vom Linken umgarnen lassen", unter Verzicht auf ihre große Geschichte, auf ihre Tradition und ihre Ziele! Und auch die Konservativen mögen seiner Mahnung eingedenk sein und auf ihrem Parteitage, trotz aller von links her erlittenen Unbilden, nicht das Tischtuch zwischen sich und dem gemäßigten Liberalismus endgültig zerschneiden, sondern dem gemäßigt-liberalen Gegner goldene Brücken zum Rückzuge bauen! Dann eröffnet sich ein Ausblick in unsere innerpolitische Zukunft, der für die vom Reichskanzler ausgesprochene Zuversicht, daß der die Volksgemeinschaft verbindende innere Zwang zum positiven Schaffen auch die gegenwärtigen Irrungen und Wirrungen überdauern werde, einen festen Rückhalt erkennen läßt, zum Segen der allgemeinen vaterländischen Wohlfahrt, der sich jedes Parteiinteresse unterzuordnen hat.

Die Anklagen gegen die Reichswerft in Kiel,

die selbstverständlich durch das freisprechende Urteil des Geschworenen-Gerichts nicht aus der Welt geschafft sind, mußten um so größeres und unliebsameres Aufsehen erregen, als im März d. J. der Etat der Marineverwaltung, mit Rücksicht auf die gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen des englischen Parlaments über maritime Rüstungsfragen, abgesehen von Ausführungen eines sozialdemokratischen Redners über Arbeiter-Lohnverhältnisse in den Werftbetrieben, gänzlich ohne Debatte verabschiedet worden war. Die Nation durfte sich so dem beruhigenden und, angesichts der Wirkung dieses Vorfalles im Auslande, erhebenden Bewußtsein überlassen, daß in unserer Marine, also auch auf der Reichswerft in Kiel, alles in bester Ordnung sei. Diese Vorstellung mußte durch das, was aus dem sogenannten Werftprozeß an peinlichen, seltsamen und zum Teil unglaublichen Vorgängen bekannt geworden ist und was der Staatssekretär für die Alteisen-Abteilung im großen und ganzen unumwunden zugegeben hat, ein jähes Ende erhalten. Es ist zwecklos, auf den Verlauf der gerichtlichen Verhandlungen zurückzukommen. Sie sind durch ein gerichtliches Urteil abgeschlossen, und der Prozeßführung ist von sachkundiger Seite im allgemeinen das beste Zeugnis ausgestellt worden, wenn auch die Staatsanwaltschaft mehrfache Kritik wegen ihrer augenscheinlich nicht genügenden Beherrschung des gewaltigen Materials über sich ergehen lassen mußte. Aber eins muß doch hervorgehoben werden. Selten wohl war nach Maßgabe der Fülle und Art des Materials einem Geschworenen-Gericht eine schwierigere Aufgabe zugewiesen. Der Vorsitzende hat wiederholt in rückhaltloiester Weise erklärt, daß das Gericht sich einer Aufgabe unterzogen habe, die eigentlich über menschliche Kräfte ging. Dieser Umstand, der die Pflichttreue deutscher Justizbeamten in das beste Licht setzt, macht ohne weiteres verständlich, daß die während der Verhandlung aufgenommenen Zeitungsberichte manches anders darstellten, als den Tatsachen entsprach, und daß das amtliche Stenogramm ein Bild von den Zuständen im allgemeinen und den Vorgängen im einzelnen entwirft, das in weitem Umfange der mißgünstigen, unbedingt und allgemein verurteilenden Kritik den Boden entzieht. Von den Abgeordneten, die die Interpellationen ihrer Parteien begründeten oder im Sinne dieser Interpellationen sprachen, hätte man allerdings erwarten sollen, daß sie über den wahren Sachverhalt, namentlich auch soweit die Einrichtung der verschiedenen Werftbetriebe und der Betrieb der Kriegsschiffe in Frage kamen, aufs genaueste unterrichtet waren. Aber an beiden Verhandlungstagen mußte der Staatssekretär des Reichsmarineamts auf der einen Seite mehrfach die Werftvertreter in Schutz nehmen, die im Prozeß nur reden durften, wenn sie gefragt wurden, während die Angeklagten, in ihrer Verteidigung unbehindert, sagen konnten was sie wollten; er mußte vor allem aber auch die Darstellung der freisinnigen und der sozialdemokratischen Redner in vielen Punkten berichtigen, in anderen Punkten als nicht zur Sache gehörig abweisen. Aber nicht nur das. Die ganzen Ausführungen des Chefs der Marineverwaltung waren in der Hauptsache ein unwiderlegliches Zeugnis dafür, daß, ebenso wie die Oeffentlichkeit auf Grund lückenhafter Berichte, so die Interpellanten, besonders die sozialdemokratischen Redner, auf Grund lückenhafter Kenntnisse des Tatbestandes ein vorschnelles, unberechtigtes, weit über den Rahmen der zuständigen Ressorts hinausgehendes Urteil gefällt hatten.

Wenn der sozialdemokratische „Vorwärts" in seinem bekannten, aus Bosheit, Schadenfreude und Frivolität zusammengewobenen Jargon von einem Kieler Bankerott spricht, kann das Motiv kein anderes sein, als die gemeingefährliche Absicht, die Oeffentlichkeit irrezuführen und Dinge, die ernst, aber auch ehrlich beurteilt sein wollen, böswillig verallgemeinernd zu entstellen und im Sinne des Klassenkampfes und parteipolitischer Verhetzung wucherlich auszubeuten. Es ist im höchsten Grade dankenswert, daß der Admiral von Tirpitz, der zu der im Reichstage über den Gegenstand verhandelten Interpellation nicht nur in seinem Namen, sondern auch in Vertretung des Reichskanzlers sprach, solchem Treiben den Boden entzogen hat, indem er, für dieses eine Mal die ihm sonst eigene Bescheidenheit und Zurückhaltung fallen lassend, auf seine überaus verdienstvolle Amtsführung hinwies und die gegenwärtige wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit der Reichswerften, die bei seinem Amtsantritt nach einem von dem Staatssekretär angezogenen Ausspruch eines hervorragenden Parlamentariers die „reinen Klempnerwerkstätten" waren und mit denen er doch die gewaltige Arbeit der Flottengesetze ausgeführt hat, in das rechte Licht setzte. Wenn ein Mann von der Vergangenheit und dem politischen Kredit, der unantastbaren Lauterkeit des Charakters des Admirals v. Tirpitz, ein Mann, der, ohne Widerspruch zu finden, von sich sagen darf, daß es seiner ganzen Art widerstreht, eine Fanfare zu blasen, wenn ein solcher Mann sich entschließt, aus seiner 12 Jahre hindurch beobachteten Reserve und Schweigsamkeit herauszutreten und der deutschen Volksvertretung die Erklärung abzugeben, daß die in den letzten Jahren zu Wasser gebrachten Schiffe getrost jeder technischen Leistung auf der ganzen Welt an die Seite gestellt werden können, daß „Nassau" und namentlich „Blücher" weit die Bedingungen überstiegen haben, die die Konstruktion ihnen gestellt hat, und daß die Kaiserlichen Werften die Schiffe in völlig kriegsbereitem Zustand der Front übergeben haben, so ist das ein Unterpfand für die Höhe der Leistungen der deutschen Reichswerften, das an Wert kaum überboten werden kann.

Aber das skandalöse Bild des Schlendrians, der Untreue und der Durchstechereien, das die Prozeßverhandlungen entrollt haben, kann dadurch nicht aus der Welt geschafft werden. Es bleibt in seiner abstoßenden Häßlichkeit und empörenden Wirkung bestehen, und die Debatte im Reichstage, mag sie auch von Uebertreibungen, Mißverständnissen und grober Unkenntnis nicht frei sein, hat doch so viel erwiesen, daß trotz der hervorragenden Leistungen in Schiffskonstruktion und Schiffsbau recht vieles im Ressort der Marineverwaltung verbesserungsbedürftig ist, vor allem bezüglich der Schaffung von Garantien gegen das Vorkommen von Unregelmäßigkeiten, Unterschleifen und Betrügereien im großen. Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, und sie sollen es zu allerem hinsichtlich der Ordnung und Wirtschaftlichkeit sein. Woher soll fürderhin Opferwilligkeit kommen, wenn die Steuerzahler, und diese sind das ganze deutsche Volk, sich sagen müssen, daß die vorhandenen, mit schwerer Mühe aufgebrachten Mittel dazu herhalten müssen, ehrlosen Beamten und gaunerischen Kaufleuten die unergründlichen Taschen zu füllen? Jüdische Blätter haben die letzteren damit zu entschuldigen gesucht, daß sie durch die auf dem Altmaterialienhofe bestehenden Zustände zu unehrlichen Geschäften geradezu verführt worden wären. Dafür hat das deutsche Rechtsempfinden kein Verständnis. Wohl aber verlangt das deutsche Rechtsempfinden dringend danach, daß die Beamten, die in so schwerer Weise gegen ihre Pflicht verstoßen haben, der verdienten Bestrafung zugeführt und daß die beteiligten Händler, soweit möglich, zum Ersatz des durch ihre Schliche und Kniffe verursachten Schadens herangezogen werden. Das muß auch in seinem eigenen Interesse das Werftpersonal selbst verlangen, das nach dem Ausspruch des Staatssekretärs v. Tirpitz in seiner überwältigenden Mehrheit sehr tüchtig, sehr gewissenhaft, durchaus integer ist und ihn, wieder nach den eigenen Worten des Staatssekretärs, bei seiner schweren Aufgabe auf das allerbeste und erfolgreichste unterstützt hat.

Naumanns Nähmaschinen Seidel & Naumann, Dresden-A., Struvestrasse 9.